



Editorial

„Losungen sind schnell formuliert, Wünsche sind leicht zu äußern, aber Antworten, die mehrheitsfähig sind, sind schwer zu finden.“

Wolfgang Thierse am 22. September 2003 im
Plenarsaal

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von *Jugend und Parlament!*

Das, was Bundestagspräsident Wolfgang Thierse gestern in seiner Begrüßungsrede ansprach, wurde in beinahe allen Arbeitskreisen Realität. Wie schwierig es ist, einen Kompromiss aus verschiedenen Meinungen zu finden und ihn unter Zeitdruck zu formulieren, haben viele von euch gestern erlebt.

Aber genau dafür ist *Jugend und Parlament* da. Dafür, dass ihr euch ein Bild von der parlamentarischen Arbeit und dem Beruf des Abgeordneten machen könnt und neue Erfahrungen en masse mit nach Hause nehmt.

Wir würden uns freuen, wenn auch unser JuPITER es bis in eure Heimat schafft. Am Wichtigsten ist jedoch, dass die Ergebnisse, die ihr in diesen drei Tagen in Berlin gesammelt habt, nicht verloren gehen. Hakt nach bei euren Abgeordneten und Mitstreitern! Setzt euch ein für die Demokratie und eure Interessen. Bleibt am Ball!

Viel Erfolg heute im Plenum, eine gute Rückreise und viele schöne Erinnerungen an *Jugend und Parlament 2003* wünscht euch euer Team vom JuPITER!

bb

Her mit den Visionen!

Jugend und Parlament kann mehr. In Zeiten, in denen verstärkt um die Gunst junger Wähler geworben wird, versprechen Abgeordnete aller Parteien die Ergebnisse von *Jugend und Parlament* besonders ernst zu nehmen. Von „in den Dialog treten“ spricht Bundestagspräsident Thierse in seiner Begrüßungsrede, es soll „die Distanz verringert“ werden, die zwischen der Jugend und den Abgeordneten herrscht. Partizipation ist das Schlagwort und auch die Bezeichnung „Jugendparlament“ schleicht sich immer öfter in die Mäuler der Politiker. *Jugend und Parlament* also als eine Methode der Beteiligung auf Bundesebene?

Das ist alles gut gemeint und unbestritten wichtig. Nur klappt es noch nicht richtig. Für ihre Arbeit bei *Jugend und Parlament* ernten die Teilnehmer viel Lob, doch mit ihrer Abreise kehren auch die Abgeordneten wieder in ihren politischen Alltag zurück. Jetzt heisst es, die Resolutionen der jungen Leute vor dem Verschwinden unter neuen Aktenbergen zu bewahren. Wir glauben Ihnen, liebe Abgeordnete, dass Sie einige der Ideen im Hinterkopf behalten und vielleicht eines schönen Tages in einer Bundestagsdiskussion hervorholen. Es ist nur fair, die Quelle dieser Gedanken auch genau zu benennen. Wenn sich das Engagement der Jugendlichen so sichtbar in Ihren Taten wider-spiegelt, motiviert es diese sicher zusätzlich am politischen Ball zu bleiben.

Seit 1984 lädt der Deutsche Bundestag zu *Jugend und Parlament* ein und lässt Jugendliche in die Rolle der Abgeordneten schlüpfen. Dort spielen sie ein Spiel, dessen Regeln nicht ihre eigenen sind und in dem sie Verhaltensmuster imitieren, die sie aus den Medien kennen. Ergebnisorientiertes Arbeiten bleibt dabei leicht auf der Strecke. Wo in der Realität mehrere Aussprachen und Lesungen den Weg eines Beschlusses ausmachen, müssen den Jungparlamentariern vier Stunden reichen. Schade, denn so bleiben die Resolutionspapiere oft harmlos allgemein, obwohl sich alle Beteiligten mehr Zunder erhofft hatten.

Warum nicht auch innerhalb der Arbeitskreise in Kleingruppen arbeiten, warum nicht jugendliche Methoden für jugendliche Teilnehmer nutzen, warum nicht die Ergebnisse selbst zum Gegenstand einer Bundestagsdebatte machen? Vielleicht kann man konkreten Forderungen von *Jugend und Parlament* mehr Platz im Hohen Haus einräumen, vielleicht eine Stellungnahme zu ihnen erarbeiten. Dann könnten sich die Jugendlichen auch über die Veranstaltung hinaus im Bundestag wieder finden. Der Möglichkeiten gibt es viele. Nach zwei Jahrzehnten *Jugend und Parlament* neue inhaltliche Konzepte zu diskutieren, bedeutet, das große Potential der Veranstaltung nutzen zu wollen. Mehr eben!

Lan Böhm

Kommentar

Vizepräsidenten im Blick

Plenardebatten werden vom Bundestags-Präsidium geleitet. Dazu gehören der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und seine vier Stellvertreter, die Vizepräsidenten Susanne Kastner, Dr. Norbert Lammert, Dr. Hermann Otto Solms und Dr. Antje Vollmer. Heute werden auch Frau Kastner, Herr Lammert und Frau Vollmer jeweils eine knappe Stunde die Leitung der Plenarsitzung übernehmen.

Dr. Antje Vollmer, Bündnis90/Grüne Landesliste Hessen

Antje Vollmer kommt aus Lübbecke in Westfalen. Sie studierte evangelische Theologie in Heidelberg und Berlin, Tübingen und Paris. Es folgte die Stelle einer Assistentin an der Kirchlichen Hochschule Berlin, das Zweitstudium der Erwachsenenbildung und schließlich die Promotion zur Doktorin der Philosophie. Außerdem ist Antje Vollmer Publizistin. Sie schrieb für die Taz, die FAZ, Die Zeit und den Stern. Seit 1985 ist sie Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Drei Jahre lang war sie Fraktionssprecherin der Grünen, bevor sie 1994 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags wurde. Antje Vollmer ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Für ihr Engagement in zahlreichen Stiftungen und Organisationen, wie zum Beispiel der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe e.V., erhielt sie viele Preise und Würdigungen: zum Beispiel die Carl-von-Ossietzky-Medaille, den Cicero-Rednerpreis, die Medaille der Karlsuniversität Prag, den Hannah-Arendt-Preis und den Kunstpreis zur deutsch-tschechischen Verständigung. Im Semester 1999/2000 übernahm sie außerdem die Heinrich-Heine-Profsur der Universität Düsseldorf.



Susanne Kastner, SPD Landesliste Bayern

Susanne Kastner kommt aus Maroldsweisach, ist verheiratet hat drei Kinder und vier Enkel. Sie ist gelernte Erzieherin und studierte Religionspädagogin. Seit 1972 hat sie das SPD-Parteibuch. Sie ist außerdem Mitglied bei Verdi, der Arbeiterwohlfahrt und beim Bayerischen Roten Kreuz. Seit sie 1989 einen Hilferuf von einem deutschen Arzt in Rumänien erhielt, leistet sie Lobbyarbeit für Rumänien: als Vorsitzende der Rumänien-Soforthilfe und Vorsitzende im Deutsch-Rumänischen Forum. Für ihr langjähriges Engagement erhielt sie die Ehrendoktorwürde der Aurel-Vlaicu-Universität. Im Bundestag ist sie seit 1989 vertreten.



1998 wurde sie Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, seit 2002 ist sie Vizepräsidentin des Bundestages. In dieser Funktion engagiert sie sich vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages. Zum Beispiel lädt sie im Oktober 40 Nachwuchs-Journalisten zu einem Seminar nach Berlin ein. Als ihr größtes Vorbild bezeichnet sie ihren Vater, ein CDU-Mitglied. So hat sie bereits im Elternhaus politische Streitkultur erprobt, gelernt zu widersprechen und mit Dissens zurechtzukommen.

Dr. Norbert Lammert, CDU

Landesliste Nordrhein-Westfalen
Norbert Lammert ist Grönemeyer-Fan. Kein Wunder: Er kommt aus Bochum. Dort und in Oxford hat er Politikwissenschaften, Soziologie, Neuere Geschichte und Sozialökonomie studiert. Als Doktor der Sozialwissenschaften hat er später selbst in Bochum und Hagen Politikwissenschaften gelehrt. Seit 1966 ist er Mitglied der CDU, seit 1980 Mitglied des Bundestages. Er war stellvertretender Ausschussvorsitzender, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, im Wirtschafts- sowie Verkehrsministerium und Koordinator für die Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt. Bis 2002 war er außerdem kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, seit 2001 ist er stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Kultur und Medien. Er hat den Vorsitz in der Delegation der Interparlamentarischen Gruppe und ist ordentliches Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss. Außerdem hat er einige Bücher und Beiträge zur Parteienforschung und zu Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verfasst. Er ist verheiratet und hat vier Kinder.



kn

Durch ein bedauerliches Versehen war der JuPITER in der gestrigen Ausgabe nicht auf dem aktuellsten Stand. Statt Herrn Burgbacher stellte Dr. Wolfgang Gerhardt die FDP-Fraktion im Plenum vor. Wir bitten um Entschuldigung und reichen eine Kurzbiografie von dem Fraktionsvorsitzenden der Liberalen an dieser Stelle nach.

Dr. Wolfgang Gerhardt, FDP Landesliste Hessen

Wolfgang Gerhardt wurde am 31. Dezember 1943 in Ulrichstein-Helpershain geboren, machte 1963 Abitur und studierte Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik. Nachdem er seine Promotion zum Dr. phil. abgeschlossen hatte, leitete er das Regionalbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Hannover und das Ministerbüro des Hessischen Innenministers. Von 1987 bis 1991 war Gerhardt Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst und stellvertretender Ministerpräsident, im gleichen Zeitraum auch Mitglied des Bundesrates. Im Oktober 1994 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages und konnte schon ein Jahr später zum Bundesvorsitzenden der FDP aufsteigen. 1998 übernahm er dann den FDP-Fraktionsvorsitz im Bundestag. Er ist Autor zahlreicher politischer Veröffentlichungen und seit März 2002 Vizepräsident von Liberal International.



jl

Bedienungsanleitung Bundestag: Plenardebatte leicht gemacht

Die heutige Plenarsitzung ist der Höhepunkt von *Jugend und Parlament*. Hier stellen wir euch den Ablauf während der Sitzung vor:

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und die Vizepräsidenten Norbert Lammert, Susanne Kastner und Antje Vollmer leiten nacheinander die Debatte. Sie rufen die einzelnen Arbeitskreise auf. Die **Berichtersteller** stellen dann fünf Minuten lang den Diskussionsverlauf, die verschiedenen Standpunkte und Ergebnisse vom Rednerpult aus vor.

Zu den Resolutionen könnt ihr **Änderungsanträge** einbringen. Diese müsst ihr schriftlich bei dem Schriftführer links vom Präsidenten einreichen. Bitte schreibt konkret auf, welche Resolution ihr wie ändern wollt. Der Präsident wird den Änderungsantrag vorlesen, ihr könnt ihn dann kurz begründen.

Wer **mitdiskutieren** will, muss einen der am Platz ausliegenden Wortmeldezettel ausfüllen und ihn beim Schriftführer links vom Präsidenten abgeben. Der führt eine Redeliste, der Präsident ruft die Redner auf. Mikrofone findet ihr an den Tischen, weiter hinten im Plenarsaal auf den Gängen. Erst wenn der Präsident das Mikrofon freischaltet, leuchte dort die rote Lampe und man kann euch im ganzen Saal hören.

Viel **Zeit** bleibt nicht, um in nur 17 Minuten ein Thema vorzustellen, zu diskutieren und zu beschließen. Hintergrund: bei *Jugend und Parlament* 2001 gab es 16 Arbeitskreise und dadurch pro Arbeitskreis nur 12 Minuten im Plenum. Viele Teilnehmer kritisierten die kurze Zeit zur Debatte hinterher in den Feedbackbögen. In diesem Jahr gibt es nur 12 Arbeitskreise mit jeweils immerhin 5 Minuten mehr **Zeit** im Plenum.

sh

Tatkräftige Unterstützung hat unser Team inzwischen von Christine Gerstner erfahren. Sie ist derzeit Praktikantin im Pressezentrum des Deutschen Bundestages und schnupperte nun erstmals JuPITER-Luft.

Christine Gerstner (ger) / 24 / Mainz / Film- und Publizistikstudentin / Mitarbeiterin bei Filmproduktionen.

„Bei JuPITER geht es rund, weil wir alle im gleichen Boot sitzen.“



Sonnenblumen-Aktion im Plenarsaal

Einige grüne Jungparlamentarier planen heute ab 9:00 Uhr eine Aktion im Plenarsaal. JuPITER hat vorab davon erfahren und mit einer der Organisatorinnen gesprochen. Oona Grünebaum ist 18 Jahre und wohnt in Köln und ist auf Einladung von Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) bei *Jugend und Parlament*.

JuPITER: Was plant ihr?

Oona Grünebaum: Unser Slogan ist „Sonnenblumen ins Parlament“ – und genau das machen wir auch. Viele grünen **Kurzeit-Abgeordneten** nehmen vor dem Einzug in den Bundestag eine Sonnenblume, die wir gut sichtbar vor, neben oder über uns platzieren.



Mit welchem Ziel?

Wir wollen den grünen Abgeordneten zeigen, dass es erstens noch junge Leute gibt, die sich für ihre Politik interessieren. Zweitens wollen wir an die alten Werte und Ideale der Grünen erinnern, an Menschenrechte, Bildung, Asyl, Friedenspolitik, Zuwanderung. Früher haben die Grünen mehr unpopuläre Themen angepackt wie Menschenrechte, Frösche über die Straße tragen, Asyl, Pazifismus. Natürlich müssen die grünen Abgeordneten sich auch um die Themen kümmern, die bei den anderen Parteien normal sind – aber so wie es aussieht beschäftigen die Grünen sich fast nur noch mit diesen anderswo üblichen Themen. Wir finden es schade, dass die Grünen diese alten Ideale und Inhalte aufgegeben haben und wir wollen die grünen Abgeordneten daran erinnern.

Warum macht ihr das im Bundestag?

Weil wir hier den Abgeordneten räumlich nahe sind und weil hier der Ort ist, wo die Entscheidungen fallen – und weil die Aktion schließlich „Sonnenblumen ins Parlament“ heißt und nicht „Sonnenblumen in die Hintergärten“!

Wenn ihr mit eurer Aktion vor allem eure Abgeordneten erreichen wollt: warum klärt ihr das nicht einfach intern, sondern benutzt dafür *Jugend und Parlament*?

Wir wollen den Ort hier nutzen, um dadurch in die Öffentlichkeit zu kommen. Wir hoffen, dass die Abgeordneten und die Medien uns dann eher zur Kenntnis nehmen.

sh

Die Fraktionen stellten sich vor

SPD

Nach einer etwas langatmigen Vorstellungsrunde der zahlreich anwesenden Abgeordneten und deren Ausführungen über ihren, selbstverständlich jeweils schönsten Wahlkreis der Republik, ging es endlich los mit



den ersten Fragen der Teilnehmer. Moderiert wurde die Runde vom Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD, Wilhelm Schmidt. Auch die französischen Gäste aus Perpignan hatten sich bei der SPD eingefunden. Aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse konnten diese aber leider nicht viel zur Debatte beitragen. Das übernahmen die Teilnehmer. Die Fragen betrafen alle Themen, die auf der aktuellen politischen Agenda stehen: Rente, Gesundheit, Föderalismus und weitere Bereiche der Innenpolitik. Auch über den EU-Beitritt der Türkei und Auslandseinsätze der Bundeswehr wurde diskutiert. Die imposante Zahl von 25 Abgeordneten zu Beginn der Diskussion schrumpfte gegen Ende auf sechs Hartgesottene. Der Rest ging anderen parlamentarischen Verpflichtungen nach.

lb/mh



Bündnis 90/Die Grünen

Die gemeinsame Sitzung der Jugendlichen bei Bündnis 90/Die Grünen begann in einer freundlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre. Dazu trug nicht nur bei, dass die Grünen im Gegensatz zu den anderen Fraktionen



Süßigkeiten und Getränke servierten. Entscheidend war, dass zu Beginn der Sitzung nur Jugendliche anwesend waren, die sich den Grünen zugehörig fühlen. So konnte z. B. Lena Marie Boers aus NRW resümieren: „Die Abgeordneten gingen offen auf unsere Fragen ein und waren bemüht, sie befriedigend zu beantworten.“ Auch Hauke Diederich aus Schleswig-Holstein freute sich darüber, dass die Abgeordneten schnell Kontakt zu den Jugendlichen gefunden hätten. „Die Politiker beantworteten konkret unsere Fragen und waren um den Dialog bemüht.“ Hauke Diederich bedauerte jedoch, dass die Grünen „zwar von Gleichberechtigung sprechen, ihre Antworten aber zu wenig gegendert sind.“

Einige Jugendliche fanden, dass es mit der fast familiären Atmosphäre im ersten Teil der Sitzung vorbei war, nachdem zunehmend auch Jugendliche anderer politischer Richtungen hinzu stießen und der Fraktionssaal mit fast 50 Gästen gefüllt war. Die Jugendlichen erlebten, dass sich der Ton der Abgeordneten änderte und härter wurde. Thorsten Wikes aus NRW kommentierte das so: „Ich war überrascht von der Aggressivität, mit der die Grünen fremde Positionen angehen, obwohl die Grundeinstellungen doch gar nicht so weit voneinander entfernt sind.“ Auch kritisierten eine Reihe von Jugendlichen, dass das Gespräch „zu sehr parteipolitisch verhaftet war“ und zwar sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Abgeordneten.

Daher machten Silke Keil und Tobias Ody – beide aus Rheinland-Pfalz – den Vorschlag, künftig zu Podiumsdiskussionen einzuladen. Vor jeweils etwa 50 Jugendlichen sollte je ein Abgeordneter einer Fraktion Rede und Antwort stehen. Das Spektrum der Meinungen wäre breiter und die Jugendlichen hätten Gelegenheit zum Vergleich. Die Grünen-Abgeordneten gaben sich mit der gemeinsamen Sitzung zufrieden. Josef Winkler freute sich, wie er sagte, über die „sehr lebendigen und direkten Fragen aus dem Publikum“, über die „konstruktive Kritik“ und die „offene Diskussion“. Marianne Tritz waren vor allem die guten und interessanten Fragen aufgefallen und begrüßte den Vorschlag, zu Podiumsdiskussionen einzuladen.

sts/ger

CDU/CSU

Der Raum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein schmuckloser Raum, allein ein Holzkreuz hängt über den Sitzen der Abgeordneten der CSU-Landesgruppe. Die Abgeordneten aus Bayern wunderten sich gestern Vormittag bei der Vorstellung in ihrer Fraktion gegenseitig darüber, dass sie nach der Wahlparty der vergangenen Nacht wieder gerade stehen konnten. Die Neu-Abgeordnete Hildegard Müller begrüßte einige Teilnehmer persönlich, die sie noch aus ihrer Zeit im Bundesvorstand der Jungen Union kennt: „Damals war ich auch mal Teilnehmerin bei Jugend und Parlament, da könnt ihr Euch jetzt selbst ausrechnen, wann ihr hier an meiner Stelle steht.“ Marie-Luise Dött plauderte aus, wie sie zur CDU kam: „1968 war ich ganz links. Als es da zu radikal wurde, wurde ich normal.“ Nach 45 Minuten hatten sich die 14 Abgeordneten vorgestellt, danach waren die Teilnehmer dran: Warum sträubt die Fraktion sich dagegen, die Eigenheimzulage abzuschaffen? Wie will die Union die Staatsverschuldung senken? Wie kann das Rentensystem umgebaut werden? Muss der Bundestag wirklich so viele Abgeordnete haben? Ist eine allgemeine Dienstpflicht von sechs Monaten für Männer und Frauen nicht gerechter als die Wehrpflicht? Die Abgeordneten hatten viel zu tun, um die Position ihrer Fraktion zu erklären und zum Teil auch zu rechtfertigen.



Und wie verändert sich das Leben durch das Mandat? Bereits bei seiner Vorstellung hatte Peter Altmaier gewarnt vor einer „Persönlichkeitsdeformierung, die mit Politik zwangsweise einhergeht“. Trotzdem brauche das Land Politiker. Die Lacher auf seiner Seite hatte er mit der Aufforderung: „Engagieren Sie sich, kandidieren Sie für den Bundestag – es muss ja nicht auf meinem Listenplatz sein!“ Was meinte Altmaier mit der Persönlichkeitsdeformierung? Eckard von Klaeden wiegelte ab. Zwar gebe es auch in der Politik böse Spiele, aber das halte sich in Grenzen. Von Klaeden: „Mein Vater war im Kirchenvorstand und die Intrigen dort, das wünsche ich keinem Politiker!“

Wer keinen Charakter habe, der könne nicht erwarten, dass sich das nach der Wahl in den Bundestag schlagartig ändere: „Nicht die Politik verdirbt den Charakter, sondern schlechte Charaktere verderben die Politik!“

sh/kvg



FDP

Der Start fiel nicht leicht: Teilnehmer und die Abgeordneten der FDP-Fraktion mussten erst einmal warm werden miteinander. Doch nach den etwas zähen Anfangsminuten entwickelte sich ein reges Frage-Antwort-Spiel. Die Jugendlichen glänzten dabei vor allem durch ihre präzisen Fragestellungen. Das beeindruckte auch den Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Ernst Burgbacher: „Mich hat das Interesse der Teilnehmer an Spezialthemen überrascht und natürlich gefreut.“ Ob Flächentarifvertrag, Bürgerversicherung, Generationengerechtigkeit oder Lobbyarbeit – kein Thema war den Jugendlichen zu komplex. Auch Otto Fricke, der mit seinen 37 Jahren zu den jüngeren Abgeordneten der FDP-Fraktion zählt, war begeistert: „Dass die Teilnehmer sich mit solch fachbezogenen Fragen beschäftigen, zeigt doch, wie sehr sie sich mit ihrer eigenen Zukunft auseinandersetzen.“ MdB Christoph Hartmann (31) legte Wert darauf, dass die Jugendlichen sich nicht zu früh „auf eine Ideologie einfahren“. „Wir wollen bei Jugend und Parlament ja keine Kaderschmiede sein.“ Mit dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt war der Sitzungssaal der Liberalen einer der wenigen richtig prominent besetzten Fraktionsräume. Zu ihrem Chef gesellten sich abwechselnd bis zu sieben weitere Abgeordnete, die – je nach Fachgebiet – den jungen Gästen sachkundig antworteten. Eine richtige Diskussion ergab sich allerdings erst gegen Ende der Sitzung, als die Frage über die Nachfolge von Bundespräsident Johannes Rau entflammte. Auch hier zeigte sich einmal mehr, wie schwer es ist, viele Meinungen zu vereinen. Otto Fricke: „Politik ist halt nicht schwarz oder weiß. Das ist schwer zu vermitteln.“ Mit Jugend und Parlament ist sicher ein Anfang gemacht.

bb

Namen sind Schall und ... Gebäude

Was steckt hinter dem Kürzel „PLH“?

Das kaum zu übersehende Paul-Löbe-Haus (PLH) wurde zwischen April 1997 und November 2000 gebaut, damit drei Arbeitsbereiche des Deutschen Bundestages dort Platz finden: die Ausschüsse, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die zentrale Besucherbetreuung. Auffällig ist die regelmäßige, kammähnliche Anordnung der fünf Bürotrakte mit den nach Norden und Süden offenen, begrünten Außenhöfen und den von außen durch die Höfe einsehbaren acht gläsernen Rotunden mit je drei doppelstöckigen Ausschusssitzungssälen. Symbolisch stehen die Rotunden (als Zylinder) und die Bürotrakte (als Kühlrippen) für den „Motor der Republik“.



Im Westen und Osten öffnen sich jeweils große Glasfassaden, die durch die 200 Meter lange Halle zwischen den beiden Gebäudehälften einen freien Blick vom Forum vor dem Bundeskanzleramt über die Spree bis zur Parlamentsbibliothek gewähren und so den baulichen Zusammenhang zwischen dem Paul-Löbe- und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus verdeutlichen.

Das Paul-Löbe-Haus ist Teil des so genannten „Band des Bundes“. Damit wird eine Kette von Bundestagsgebäuden bezeichnet, die die Spree zweimal überquert. Das Band des Bundes führt vom Kanzleramt über das PLH bis zum Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, in dem die Parlamentsbibliothek untergebracht werden soll.

Mit dem 1875 geborenen Schriftsetzer und Sozialdemokraten Paul Löbe entschied man sich als Namensgeber für ein Symbol der Demokratie der ersten deutschen Republik, da er von 1920 bis 1933 Präsident des Reichstages war. Löbe wirkte außerdem maßgeblich an zwei demokratischen deutschen Verfassungen mit, an der der Weimarer Republik und 1948/49 als Mitglied des Parlamentarischen Rates am Grundgesetz der Bundesrepublik. Am 7. September 1949 eröffnete der letzte demokratische Reichstagspräsident der Weimarer Republik als Alterspräsident die erste Sitzung des 1. Deutschen Bundestages. Er starb am 3. August 1967 in Bonn.

op

Aus Acht macht Eins

Das Jakob-Kaiser-Haus, mitten im Parlamentsviertel zwischen Pariser Platz und Spree, ist ein Gebäudeensemble aus acht Häusern, eine Mischung historischer Bausubstanz und transparenter aufgelockerter Neubebauung.

Jakob Kaiser (1888-1961) war von März bis November 1933 Abgeordneter der Zentrumspartei im Reichstag. Im Widerstand gegen das Regime der Nationalsozialisten verbrachte er 1938 mehrere Monate in Haft. 1945 gründete er in der sowjetischen Besatzungszone mit Gleichgesinnten den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und die CDU. Wegen seines Widerstandes gegen die Gleichschaltung aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen

durch die Kommunisten warf ihn die Militäradministration aus dem Vorsitz der Ost-CDU. Aber Kaiser machte weiter: Als Abgeordneter des West-Berliner Stadtparlaments beim Wiederaufbau der Stadt, als Mitglied des Parlamentarischen Rates bei der Formulierung des Grundgesetzes und später als Abgeordneter für die CDU im Deutschen Bundestag. Von 1949 bis 1957 war er Minister für Gesamtdeutsche Fragen in der Regierung Konrad Adenauers.

Das Jakob-Kaiser-Haus, das größte Haus der Parlamentsneubauten, wurde im Januar 2002 fertig gestellt. Es dient im Wesentlichen der Unterbringung von etwa 60 Prozent der Abgeordnetenbüros, der Fraktionsstäbe und ihrer Sitzungsräume, der Arbeitsräume der Vizepräsidenten sowie der Verfügungsräume für den Bundesrat und die Bundesregierung.

Außerdem befinden sich hier die Büros der Parlamentsdienste, das Pressezentrum des Deutschen Bundestags, Mediendienste, zwei Sitzungssäle für Untersuchungsausschüsse sowie weitere infrastrukturelle Nutzungsbereiche. Das ehemalige Reichstagspräsidentenpalais – jetzt Teil des Jakob-Kaiser-Hauses, bietet der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft sowie dem Deutschen Bundestag für repräsentative Anlässe Raum. Unter der Erde verbindet ein Versorgungstunnel alle Neubauten des Bundestages mit dem Reichstag. Oberirdisch stellen zwei Brücken die Verbindung zwischen den beiderseits der Straße befindlichen Gebäudekomplexen her.

sts



JuPITER auf Stimmenfang

Jugend und Parlament neigt sich dem Ende zu. In den letzten beiden Tagen hattet ihr vielfältige Möglichkeiten, die terminreiche Alltagsluft eines Berliner Abgeordneten zu schnuppern. JuPITER wollte wissen: Blut geleckt und selbst Lust bekommen, auf eine steile Politikerkarriere?

Sandra Bast / Sachsen / 18 Jahre

„So ein Politikerleben kann ich mir eher nicht vorstellen. Als ich in den Fraktionsvorstellungen war, hat mich das ganze Abgeordnetendeutsch abgeschreckt – so viele verschachtelte Sätze, das wäre nichts für mich. Ich würde befürchten, als Abgeordnete den Realitätsbezug zu verlieren. Auf lokaler Ebene bin ich dagegen gerne politisch aktiv: Wir gehen auf Demos und schreiben auch schon mal Briefe an unseren Bürgermeister.“



Aaron Dessauer / NRW / 17 Jahre

„Ich Politiker? Prinzipiell schon, aber da muss man gewählt werden und das hat bei mir schon in der Schule bei den Klassensprecherwahlen nicht geklappt ☹️. Einige Zeit lang war ich bei den Jungen Liberalen aktiv, bin dort aber mit meiner Meinung oft angeeckt. Worauf ich eher Lust hätte: Eine Laufbahn als politischer Berater. Ich glaube, in so einer Beraterfunktion hat man einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Richtlinien in der Politik.“



Nikolaus Haufler / Hamburg / 18 Jahre

„Ich bin schon einige Zeit Junge-Union- und CDU-Mitglied. Politik macht mir riesig Spaß, ich diskutiere gerne und bringe meine Meinung ein. Auf jeden Fall muss man sich einmischen, so gut es geht! Allerdings finde ich auch: Politik ist nur solange gut, wie sie ein Hobby bleibt. Darüber hinaus geht es charakterlich abwärts, obwohl es natürlich Ausnahmen gibt. Da studiere ich lieber Wirtschaftsinformatik.“



Hannes Walter / Brandenburg / 19 Jahre

„Ich träume schon von einem Leben als Abgeordneter im Bundestag, besonders jetzt wo ich hier alles hautnah miterlebe. In meiner Heimatgemeinde haben wir gerade einen eigenen SPD-Ortsverband gegründet, sechs junge Leute, der Älteste nur 20 Jahre jung. Die spannende Arbeit als Vorsitzender begeistert mich. Überraschenderweise nimmt man uns trotz unseres Alters sehr ernst. Das ist natürlich toll. Nun sind wir gespannt auf die Kommunalwahlen im Herbst.“



lb

Weit gereist und nicht zu kurz gekommen

So etwas hat es noch nie gegeben: Zum ersten Mal bot sich in diesem Jahr einer französischen Schulklasse die Möglichkeit, an *Jugend und Parlament* teilzunehmen. 15 französische Schüler sowie ihre Deutschlehrerin Madeleine Claus und ihr Direktor Jean Verges machten sich am vergangenen Sonnabend auf den Weg von Perpignan über Paris nach Berlin. „Bevor wir nach Berlin kamen, habe ich mir alles viel kleiner vorgestellt. Mich faszinieren besonders Größe und Breite der Regierungsgebäude sowie die Modernität und Vielfalt der Kunst“, schilderte Naim Taleb (17) seine erste Eindrücke. Die meisten der jungen Franzosen vom „Lycée Aristide Maillol“ waren zuvor noch nie in Berlin.

Seit der ersten Veranstaltung *Jugend und Parlament* 1984 war es nicht nur ein Ziel, die deutschen Jugendlichen in die Rollen der Abgeordneten schlüpfen zu lassen, sondern auch, jeweils zwei junge Leute aus den deutschen Anrainerstaaten einzuladen. „Anfang dieses Jahres besuchte eine deutsche Schulklasse aus Saarbrücken die französische Nationalversammlung. Daraufhin sprach Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im Frühsommer eine Gegeneinladung an Frankreich aus“, beschreibt Hans-Henner Becker vom Besucherdienst die Anfänge der Idee. Es war nicht einfach, so schnell eine französische Klasse zu finden, die über ausreichende Deutschkenntnisse verfügte. „Die Sommerferien hatten schon fast begonnen und wir erreichten nicht mehr alle Schüler“, erinnert sich Madeleine Claus, die einzige Deutschlehrerin am „Lycée Aristide Maillol“, das 1800 Schüler hat. Alle Teilnehmer habe sie aus den Abiturklassen ausgewählt. Es gibt aber zwei Ausnahmen. Zwei der Mädchen kommen ursprünglich aus Deutschland und nehmen zurzeit an einem Schulaustauschprogramm in Frankreich teil. „Es ist seltsam, nach eineinhalb Monaten wieder nach Deutschland zu kommen“, erzählt Catharina Nintzel. Die 17-Jährige, die eigentlich aus Niedersachsen kommt, wird noch viereinhalb weitere Monate in Frankreich verbringen und am kommenden Mittwoch mit ihren französischen Mitschülern zurück ins deutsche Nachbarland fliegen.

Insgesamt gefällt es den Franzosen sehr gut bei *Jugend und Parlament*. Sie sind überrascht, wie sehr sich die teilnehmenden deutschen Jugendlichen für Politik interessieren und engagieren. Andererseits bedauern sie, dass sich der Kontakt zu den Deutschen in Grenzen hält.

„Ich habe kein Problem, mit anderen Teilnehmern ins Gespräch zu kommen. Ich glaube, die Franzosen und die Deutschen befürchten einfach, einander nicht zu verstehen“, beschreibt Catharina die Problematik.

Einer der Höhepunkte der Gruppe während ihres Aufenthaltes in Berlin war die Übergabe eines Geschenks an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse am Montagnachmittag. Als kleines Dankeschön hatten sie ihm aus ihrer Heimat Roussillon (Nordkatalonien) einen Bildband mitgebracht. Ob auch im nächsten Jahr wieder eine ausländische Schulklasse das Programm bereichern wird, ist noch ungeklärt. Versprechen kann Hans-Henner Becker noch nichts: „Oft sind solche Jugendbegegnungen davon abhängig, wie sehr die Kontakte auch weiterhin gepflegt werden.“

AK 1: Einwanderung nach Deutschland – Deutschland ein Einwanderungsland?

Bereitschaft zum Zuhören hatten sie füreinander, die Jung-Experten für Einwanderung. Und das, obwohl sie es mit einem in der Öffentlichkeit sehr emotional und unfair diskutierten Thema zu tun hatten. Dabei standen sich Meinungen vom jeweils äußersten politischen Rand gegenüber – hier fand eine Minderheit, dass wirtschaftliche Flüchtlinge mit humanitären Flüchtlingen gleichzusetzen seien; da meinte ein konservativer Hardliner, Integration müsse bedingungslose Anpassung bedeuten, ohne dass Zustände, mit denen er aufgewachsen sei, geändert werden. Trotzdem ließen es die Diskutanten nicht an rhetorischer Fairneß und Respekt vor der anderen Meinung fehlen.

Früh einigten sich die Teilnehmer auf zwei Diskussions-Schwerpunkte: Zuwanderungsregulierung und Integration. Einwanderung aus humanitären Gründen schien von Anfang an unstrittig. Die Geister schieden sich an der Frage, was mit wirtschaftlichen Flüchtlingen zu tun sei. Sollten sie nur je nach volkswirtschaftlichem Bedarf zugelassen werden, frei nach dem Motto „wir holen uns, wen wir brauchen“? Oder sollte dieses Land mit einem Armutskontingent, unabhängig vom eigenen wirtschaftlichen Standpunkt Verantwortung übernehmen? Letztere blieb die Minderheitenmeinung. Stattdessen war das Gros dafür, mit entwicklungspolitischen Maßnahmen, Migration aus sozialer Not vorzubeugen.

Unmut kam auf in der Diskussion, als mit der statistischen Berechnungen eines Akademikers argumentiert wurde, nach denen ein Einwanderer 25 Jahre in die Sozialsysteme eingezahlt haben muss, bis er sich lohne. Mit dieser Art der Verwirtschaftlichung von Einwanderern schienen nicht alle einverstanden.

Kenntnis von deutscher Sprache und deutschen Verfassungswerten muss sein, das wurde auch im zweiten Diskussionsdurchlauf schnell klar. Richtige Arbeit dagegen erforderte die Frage, wie Integration überhaupt funktioniert. Nach Ausschweifungen in die Bildungspolitik und Wirtschaftsgeschichte kam man doch zu einigen richtungsweisenden Vorstellungen: Bundesweite Einführung von Ganztagschulen mit integrativen Nachmittagsangeboten, dort wo es quotenbedingt nötig ist, Förderung interkultureller Begegnungen und Einrichtung von Jugendtreffs. Leider hat Arbeitskreis 1 einen Teil seiner Ergebnisse als Bericht nicht als Antrag formuliert. Dies kann durchaus im Plenum nachgeholt werden.

kvg

AK 2: Die Zukunft des Sozialstaats – Welche Instrumente wirken?

„Die Alten können den Luxus doch gar nicht mehr ausleben; was will denn ein 80-Jähriger mit einem neuen Mercedes!?!“, so die Meinung eines Teilnehmers im Arbeitskreis 2. Was will man anderes erwarten, wenn bei einem Altersquerschnitt von ungefähr 20 Jahren über die Rente debattiert wird?

Die rund 30 Teilnehmer diskutierten im Reichstagsgebäude darüber, wie der Kollaps der Sozialsysteme eingedämmt werden kann. Dabei sollten vier der fünf Säulen des Sozialstaatsprinzips auf den Prüfstand gestellt werden: die Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und die Pflegeversicherung. Ein weites Feld also, was den Leiter der Diskussion, MdB Jens Spahn (CDU/CSU) dazu veranlasste, das Tempo ordentlich anzuziehen. Grundsätzlich einigte man sich darauf, den Fokus auf die Kernfrage der Finanzierung der jeweiligen Absicherung zu lenken. Bei der Rente wurden anschließend zwei Modelle diskutiert: Für die horizontale Variante der Grundsicherung und das klassisch, vertikale System der Umlagefinanzierung suchten die Teilnehmer nach den jeweiligen Vor- und Nachteilen. Fast alle Diskutanten sprachen sich im Zuge dessen für eine versteuerte Auszahlung des Arbeitgeberanteils und weitere Anreize für private Vorsorge-Modelle aus. „Zum Thema Rente allein könnten wir alle ein gutes Wochenende lang miteinander diskutieren“, merkte Spahn an. Eintrittsalter und Bürgerversicherung wurden daher nur kurz angeschnitten, schließlich sollten ja weitere Säulen folgen.

Das Abstimmungsergebnis ergab eine deutliche Mehrheit für das Modell der Grundsicherung mit Kinder-Berücksichtigung. Als nächstes waren die gesetzlichen Krankenkassen auf dem Prüfstand. Wieder kanalisierte Jens Spahn die Vorschläge zu zwei Modellen, über die später abgestimmt wurde: das bestehende Kassensystem oder ein Pauschalssystem, das weitere private Zusatzversicherungen mit sich ziehen würde. Hauptstreitpunkt bei der Pauschale war, ob alle Einkommensschichten den gleichen Betrag zahlen sollten und damit, trotz erneuter Besteuerung der ausgezahlten Arbeitgeberbeiträge, dann die Solidarität noch gewährleistet wäre. Der Resolutionsentwurf sah dann aber die einkommens-unabhängige Pauschalprämie und einen sozialen, nicht näher definierten Ausgleich durch Steuern vor.

Die Idee der Bürgerversicherung ging in der Forderung nach Beitragszahlern in allen Schichten, mit Ausnahme der Kinder, auf. Allerdings nicht auf Basis der bestehenden gesetzlichen Kassen. Ähnlich wie private Versicherer es heute schon tun, sollen zudem Kapitalrücklagen die demografische Entwicklung abfedern. Zu Beginn der Debatte um die dritte und vierte Säule tauchte dann auch Rolf Stöckel (SPD) auf. Der Arbeitskreis kam zu dem Ergebnis, dass die Pflegeversicherung in der Krankenversicherung aufgehen und Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt werden soll. Die Zuständigkeit für das so genannte Arbeitslosengeld II müsste bei der Bundesanstalt für Arbeit liegen, so die Forderungen.

Sprecher der Gruppe wurden Michael Löffel und Mathias Völlger. Ihre Wahl war der Schlusspunkt einer etwas chaotischen Diskussion, die gewiss nicht alle zufrieden gestellt hat. Gute drei Stunden sind nun mal viel zu wenig Zeit, um neue Forderungen und Modelle zu erörtern. Die gut vorbereiteten Teilnehmer und die beiden Abgeordneten, Jens Spahn und Rolf Stöckel, haben aber ihr Bestes gegeben. So ist der Resolutionsentwurf zwar an vielen Stellen nicht konkret, trotzdem haben sich die Teilnehmer eindeutig für die Eckpunkte weitreichender Reformen ausgesprochen. Ein deutliches Signal von der Jugend an die alten Hasen aus den Bundestagsfraktionen!

mh

AK 3: Nachhaltige Entwicklung – Handlungskonzepte für das 21. Jahrhundert

Der Arbeitskreis 3 fordert in seinem Resolutionsentwurf unter anderem einen Abbau der Steinkohlesubventionen, den Ausstieg aus der Atomenergie und Abgaben zur Sozialversicherung auch auf Kapitaleinkünfte. Die US-Regierung sei „verantwortungslos“, weil sie internationale Umweltverträge wie das Kyoto-Protokoll blockiere.

Der Abgeordnete Reinhard Loske (Grüne) erläuterte als Moderator zu Beginn des Arbeitskreises aus seiner Sicht, warum es notwendig sei, nachhaltig zu handeln: Was die Natur in einer Million Jahren zu Kohle gemacht hat, das verbrenne die Menschheit innerhalb eines Jahres. Die drei zentralen Fragen seien: Wie viele Ressourcen darf man aus der Umwelt nehmen? Was sollen die kosten? Wie viele Schadstoffe dürfen in die Umwelt gelangen?

Der Arbeitskreis beschloss zuerst, das Thema Nachhaltigkeit in den Feldern der Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu konkretisieren. In der Umweltpolitik trat Mike Ulbricht (NRW) dafür ein, das Thema global zu betrachten: „Es bringt nichts, wenn wir jeden deutschen Baum schützen, aber in Brasilien der ganze Regenwald abgeholzt wird.“ Unterstützung fand er bei Matthias Franz (Bayern): „Ob die Donau auf 20 Kilometer ausgebaut wird oder nicht, das spielt doch global gesehen keine Rolle.“ Oona Grünebaum aus NRW widersprach: „Das ist doch klar: Wenn ich mit dem Fahrrad zur Schule fahre und nicht mit dem Auto, verändert das das Klima nicht. Man kann nicht sagen, dass dieser oder jener gesparte Liter Benzin den Ausschlag gibt, aber er ist auch nicht irrelevant. Man sollte auf der untersten Ebene anfangen, nämlich bei sich selbst.“ Im Resolutionsentwurf steht: „Es ist notwendig, die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen so schonend wie eben möglich zu nutzen.“

Clara Herrmann (Berlin) brachte die Forderung nach dem Atomausstieg ein. Mike Ulbricht erwiderte: „Wenn wir die AKWs abbauen, dann können wir ja gar nicht mehr damit forschen.“ Coline Tison brachte ihre Erfahrungen aus Frankreich mit ein. Ihr Urteil: „Es war vielleicht ein Fehler, so viele AKWs in Frankreich zu bauen. Aber jetzt wo sie da stehen, würde es genau so ein Fehler sein, sie wieder abzureißen.“ Dennoch beschloss der Arbeitskreis mit knapper Mehrheit, dass der Atomausstieg fortgesetzt werden soll. Ebenfalls eine Mehrheit gab es für die Forderung, umweltschädliche Subventionen abzubauen. Statt in die Steinkohleförderung solle das Geld lieber in Bildung und Forschung gehen.

Die Positionen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die „einseitige Orientierung am Wirtschaftswachstum“ sei fragwürdig, meinten die Teilnehmer, das Brutto-sozialprodukt sei als Indikator für Wohlstand nicht wichtiger als die Lebensqualität. Die soziale Sicherung solle nicht allein dem Faktor Arbeit „aufgebürdet“ werden, auch andere Einkommen sollten herangezogen werden. Schließlich plädiert der Arbeitskreis für eine schwächere gesetzliche Rentenversicherung, zu der aber betriebliche und private Altersvorsorge hinzukommen sollen.

sh



AK 4: Globalisierung – Ist der Wohlfahrtsstaat ein Standortnachteil?

„Zu global!“ lautete das Urteil der vier jungen Probedeputierten Sven-Christian Kindler und Sanusi Caulker aus Niedersachsen sowie Jakob Kraus und Sascha Binder aus Baden-Württemberg. Angesichts des Themas „Globalisierung – Ist der Wohlfahrtsstaat ein Standortnachteil?“ ein eigentlich weniger überraschendes Charakteristikum. Allerdings war die Anmerkung, das Thema sei zu komplex, nicht speziell genug und die Gefahr, abzuschweifen zu groß, an diesem Nachmittag unter den Teilnehmern öfter zu hören. Von Vorteil wäre gewesen, so sagten sie, das Thema einzugrenzen bzw. nur Teilbereiche zu diskutieren.

Dennoch wurde heftig debattiert. Denn schließlich sei man ja nach Berlin gekommen, um Argumente zu finden, um sich eine Meinung zu bilden und sie durchsetzen zu können, erklärte Marion Ebbeler aus NRW. Ausgangspunkt der Diskussion war der Arbeitsmarkt. Im Zeitalter der Globalisierung würden die Staaten zunehmend in einem Wettbewerb stehen, um das internationale Kapital zu bewegen, in ihren Ländern zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu müsse in Deutschland die soziale Marktwirtschaft zukunftsfähiger gemacht werden, zum Beispiel durch Bürokratieabbau und durch die Reformen des Bildungssystems. Deutschland müsse ein innovatives Bildungs- und Forschungsland werden. Die steigende Arbeitslosigkeit sei zum Teil durch die hohen Lohnnebenkosten verursacht – schlecht für den Standort Deutschland. Bei allem müsse aber die Chancengleichheit aller Bürger – national und international – sichergestellt werden.

Positiv fanden die Teilnehmer, dass es nicht zu Blockbildungen kam und der bis dahin gewonnene Eindruck, die Jugendlichen und Abgeordneten seien im parteipolitischen Denken verhaftet, revidiert wurde. „Man konnte sich gut einbringen“, so Oliver Kotthoff. Für Marion Ebbeler aus NRW wurde durch die Diskussion insbesondere deutlich, „dass ein schwieriger Entscheidungsprozess immer auch mit der Suche nach Kompromissen einhergeht“.

AK 5: Was kommt nach PISA? Empfehlungen für die Bildungspolitik.

Ernst Dieter Rossmann griff erst ein, als schon fast alles entschieden war. Erst nachdem der Arbeitskreis 5 den Großteil der Forderungen verabschiedet hatte, meldete sich der Abgeordnete zu Wort. „So geht das im Parlament aber nicht“, versuchte der Sozialdemokrat die gerade ausufernde Diskussion um einen letzten strittigen Punkt zu bremsen. „Im Plenum entscheidet das Präsidium wer redet.“

Parlamentsarbeit par excellence erlebten die 36 Teilnehmer in ihrem Arbeitskreis und erwiesen sich zudem als äußerst debattier- und beschlussfreudig. Die erste Forderung war schnell gestellt: In so genannten Kernfächern soll bei allen Schülern in Deutschland ein gleicher Bildungsstandard geschaffen und gleichzeitig im Lehrplan auch Platz für Aspekte mit regionalem Bezug eingeplant werden. Sprich: die Wiedervereinigung taucht verbindlich in allen deutschen Curricula auf, die Bedeutung der Weberei für eine ostwestfälische Kleinstadt im späten 18. Jahrhundert dagegen nur im Stundenplan der Schulen der betroffenen Region.

Weitaus kontroverser diskutierten die Jugendlichen die übrigen Punkte auf der Agenda. Unterteilt in sechs Kategorien, erarbeitete je eine kleine Gruppe ein bestimmtes Themenfeld.

Ein Sechs-Punkte-Programm stellte zum Beispiel das Team zur Lehrerbildung auf. Demnach soll das Studium 1. praxisorientierter sein und 2. eine stärkere pädagogische, psychologische und didaktische Ausbildung beinhalten. 3. sollen die Pädagogen wirklich nur in den Fächern eingesetzt werden, für die sie auch voll qualifiziert sind. Als vierten Punkt verlangte die Untergruppe mehr Fortbildungen im fachspezifischen und medialen Bereich. 5. forderte der Arbeitskreis, keine Lehrkräfte mehr auf Beamtenstatus einzustellen. Ein Antrag auf Verlängerung der Referendariatszeit auf zwei Jahre wurde von der Mehrheit der Teilnehmer abgelehnt.

Konkret forderte der Arbeitskreis außerdem, dass der Staat Lernmittel kostenlos und uneingeschränkt zur Verfügung stellt. MdB Rossmann musste die Erwartungen seiner Gruppe etwas drosseln, liege die Zuständigkeit dafür doch nicht beim Bund, sondern bei den Ländern. Dennoch war Rossmann zufrieden mit dem Ergebnis der Debatte: „Wir haben auf einem ausgesprochen ergiebigen und hohen Niveau gearbeitet.“

Eine unterm Strich positive Bilanz zogen auch die beiden Sprecher des AK 5. „Wir hatten eine schöne Atmosphäre in unserer Gruppe und haben die Zeit gut genutzt, auch wenn vieles natürlich nur sehr oberflächlich behandelt werden konnte“, resümierte Giessu Karimpour aus Hamburg. Und ihr Kollege Lucas Guttenberg aus Baden-Württemberg ergänzte: „Ich hätte nie gedacht, dass es so schwierig ist, mit der kurzen Zeit klar zu kommen und Ergebnisse zu formulieren.“ Eben Parlamentsarbeit par excellence.

bb

AK 6: Was ist uns die Kultur wert? – Finanzierung zwischen Niveauerhalt und Sparzwang

Viel geredet, wenig erreicht – die Teilnehmer des AK 6 zahlten gestern schmerzvolles Lehrlingsgeld. Vier Stunden Diskussionszeit reichten nicht aus, um zum Thema des Arbeitskreises eine Resolution mit konkreten Forderungen an die Politik zu erarbeiten. Stattdessen wurde wie auf einem orientalischen Markt um Formulierungen und nebensächliche Details gefeilscht. So geriet die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema leider zu kurz.

Dabei war man gut gestartet: Der CDU-Abgeordnete Günter Nooke leitete mit interessanten Impulsinformationen ins Thema ein: Beispielsweise, dass allein ein Drittel des Bundeskulturhaushaltes nach Berlin fließe, dass die Kulturhoheit in Deutschland bei den Ländern liege und die Ausgaben des Staates für Kultur somit eine freiwillige Leistung seien. Kürzungen im Kulturbereich sind deswegen viel leichter vorzunehmen, als in anderen Gebieten, in denen die Zahlung bestimmter Summen gesetzlich festgelegt ist. Schnell entbrannte in der Gruppe eine lebhafte Diskussion: Soll man Kultur zur Pflichtausgabe des Staates erklären, um ein gewisses Niveau zu halten? Oder aber privatisiert man Kultur und läuft Gefahr, die künstlerische Freiheit zu verkaufen? Und schlussendlich: Wer überhaupt ist legitimiert, Kunst und Kultur zu bewerten und somit über ihre Notwendigkeit zu entscheiden?

Antworten auf diese Fragen zu finden, war schwer: „Das Arbeitskreisthema ist so kaum fassbar. Es gibt nun mal keine allgemein gültigen Kriterien für Kultur, von denen wir ausgehen könnten“, beschreibt Lukas Schingen (17) aus Nordrhein-Westfalen das Dilemma. Auch Moderationskärtchen oder anderes Papier zum Visualisieren der Ideen fehlte und musste in der Pause schnell nachbeordert werden. Einigkeit herrschte bei den Eckpunkten der Thematik: Kulturelle Vielfalt soll gefördert und kulturelles Erbe (Schlösser, Museen, Denkmäler usw.) erhalten werden. Kultur hat einen Erziehungs- und Bildungsauftrag, im Rahmen dessen kulturelles Eigenengagement von Bürgern unterstützt werden soll. Erreicht werden kann dies nach Vorstellung der Teilnehmer durch zusätzliche finanzielle Mittel, die den Kommunen zur freieren Verfügung zugute kommen. Wichtig war auch die Feststellung, dass Kultur als Standortfaktor eine immer größere Rolle spielt. Dagegen waren sich die Jugendparlamentarier uneinig, ob und wie Rentabilität von Spielstätten und Co. erreicht werden kann.

Lediglich angeschnitten wurde die Idee, durch Privatisierungen von Kultureinrichtungen und stärkere Verantwortung von Stiftungen positive Impulse in der Kulturlandschaft zu erzielen. Die Zeit, diese Oberthemen mit konkreten Vorschlägen zu füllen, wurde leider in langen Hin- und Herüberlegungen zu Überschrift und Struktur des Beschlusspapiers vergeudet. Da half auch die wiederholte Aufforderung „Wir müssen jetzt zu Potte kommen!“ durch die stellvertretende Leiterin Melanie Osswald (CSU) nicht. Die jetzige Resolution als kleinster gemeinsamer Nenner der Runde lässt viele Fragen offen.

lb

AK 7: Zukunft der UN – Instrument von gestern oder Friedensgarant von morgen?

Es ist gut, Visionen auszuspinnen, selbst wenn diese vorerst als nicht realisierbar scheinen. Diese Prämisse stand ungeschrieben über dem Arbeitskreis 7, der sich mit der Zukunft der Vereinten Nationen beschäftigte. Leiter des Arbeitskreises war Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg (CSU), Stellvertreter Prof. Gert Weisskirchen (außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion), beide Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Unterstützt wurden sie vom Juristen Freddy Kramer vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages.

Kern der Diskussion war die Frage nach einer Zukunft des Sicherheitsrates. Sowohl die Frage der Zusammensetzung und Anzahl der ständigen Mitglieder wurde diskutiert, als auch die Problematik ihres Veto-Rechtes. Ideen wie die Notwendigkeit von zwei Gegenstimmen um ein Veto einlegen zu können oder der Übergang zu Mehrheitsentscheidungen ohne Veto im Sicherheitsrat wurden vorgestellt. Weisskirchen wies jedoch darauf hin, dass eine Vielzahl von Veränderungsvorschlägen seit Jahren auf dem Tisch lägen, diese aber an den fünf Vetomächten scheiterten.

Guttenberg fand, dass der Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat als drittgrößter Nettozahler der Vereinten Nationen durchaus legitim sein dürfe, die Teilnehmerin Nadine Bangarter aus der Schweiz warnte jedoch vor der Gefahr, einen Sitz nur durch Beitragszahlungen zu rechtfertigen. Guttenberg entgegnete daraufhin, dass auch die neue Rolle Deutschlands nach der Wiedervereinigung zu berücksichtigen sei.

Der Teilnehmer Jan-Eike Schuster empfahl, den Blick darauf zu richten, was in zehn oder 20 Jahren passieren wird, deswegen sei ein Sitz für Deutschland kein wichtiges Ziel. Es habe keinen Sinn, ein drittes Land mit gleicher Struktur wie die anderen beiden europäischen Mitglieder in den Sicherheitsrat aufzunehmen, stattdessen sei ein gemeinsamer Europäischer Sitz sinnvoller. In der Diskussion kristallisierte sich dann heraus, dass ebenso weitere Vertreter aus Asien, Südamerika und Afrika als ständige Mitglieder in den Sicherheitsrat aufgenommen werden sollten.

Die Stärkung der Unter- und Sonderorganisationen wie der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) wurde allgemein befürwortet, eine engere Anbindung an den Sicherheitsrat stieß jedoch nicht nur auf Zustimmung: „Wenn Herr Baradei mehr auf dem Schoß der Chinesen oder Russen sitzen täte, wüsste ich nicht, ob ich beruhigter wäre“, so Guttenberg.

Nach dreistündiger Diskussion und Auslosung der Sprecher für die Plenarsitzung verabschiedeten sich die beiden Parlamentarier und ließen die Jugendlichen mit Herrn Kramer zurück, mit dem in der verbliebenen Dreiviertelstunde die Resolution ausformuliert werden konnte. Neben der schwer greifbaren Zusage, dass die Abgeordneten die Ideen aus der Diskussion bei *Jugend und Parlament* in ihre Arbeit mit aufnehmen wollten, gab es von Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg das konkrete Angebot, die im Plenum am Dienstag verabschiedete

Resolution dem Bundeskanzler nach New York zu übermitteln.

Nachhaken auf Einlösung dieses Angebotes beim MdB Guttenberg ist erlaubt!

jb

AK 8: Gerechtigkeit der Generationen – Folgen des demografischen Wandels in Deutschland

„Ich bin 72 Jahre alt, Vater dreier Töchter, habe 40 Jahre im Kohlebergwerk gearbeitet und in die Kasse eingezahlt. Da wird eine neue Hüfte ja wohl drin sein!“ Es war kein Rentner, der dies und Ähnliches sagte, sondern ein noch junger Teilnehmer. Ort der Handlung war der Arbeitskreis „Gerechtigkeit der Generationen – Folgen des demografischen Wandels in Deutschland“. Die Abgeordnete Sabine Bätzing (SPD) hatte die Idee, die Teilnehmer für ein Rollenspiel in „Jugendliche“ und „Senioren“ einzuteilen. Das Thema „Gerechtigkeit zwischen den Generationen“ sollte aus den unterschiedlichen Sichtweisen der Senioren und der Jugendlichen dargestellt werden. So konnte das Spiel als Grundlage für die argumentative Diskussion dienen.

Das Konzept ging auf. Schnell fanden die Mitspieler in ihre Rollen. Die „Senioren“ kannten die Argumente der älteren Generation genau, die Jugendlichen die ihren sowieso. Aussage prallte auf Aussage, Argument wurde mit Gegenargument, Lebenslauf mit Lebenslauf beantwortet. In der sehr lebendigen und aktiven Debatte kristallisierte sich sehr schnell heraus, wie brisant und wie wichtig für die Jugendlichen die Frage nach der Generationengerechtigkeit ist. Das Rollenspiel kam bei den Teilnehmern gut an. Für Daniel Kunz aus Hessen war es wichtig, das Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten zu können. „Richtig professionell“ hätten die Jugendlichen diskutiert, befand auch Sabine Bätzing, die den Ausschuss zusammen mit Gisela Piltz (FDP) leitete.

Im zweiten Teil der Sitzung wurde der Arbeitskreis in fünf kleine Gruppen unterteilt, wodurch effektiv gearbeitet werden konnte. Am Ende stand fest: Das Sozialsystem muss zügig neu strukturiert werden!

Einhellig forderten die Jugendlichen die Gleichbehandlung aller Versicherten im Gesundheitssystem. Trotzdem müsse vor allem die junge Generation mehr Eigenverantwortung durch eine kapitalgedeckte Versicherung übernehmen. Familie und Erziehung müsse sich wieder lohnen. Deswegen sei eine Anrechnung der Erziehungszeiten auf die Rente in Form eines prozentualen Bonus erstrebenswert. Insbesondere von den Rentnern forderten die Jugendlichen ein verstärktes ehrenamtliches Engagement.

sts / ger

AK 9: – Die Familie – Auslaufmodell, Zukunftsmodell, neue Rollenverteilung?

Erstaunlich, wie motiviert die Teilnehmer dieses Arbeitskreises diskutierten, obwohl sich für nur einen Bruchteil von ihnen der Erstwunsch erfüllte. Dennoch kamen sie in der großen Bedeutung der Familie als kleinste soziale Einheit der Gesellschaft überein, und dass familienpolitische Entscheidungen entscheidend für die Zukunft jedes einzelnen ist.

Die Leiterin Ingrid Fischbach (CDU) ist Mitglied der Kinderkommission und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Diesem sitzt die stellvertretende Leiterin dieses Arbeitskreises Kerstin Griese (SPD) vor.

Nicht lange brauchten die Teilnehmer um den Begriff der Familie zu definieren. Die Gemeinschaft von verheirateten und nichtverheirateten Eltern, allein erziehenden Müttern und Vätern sowie Adoptiv-, Stief- und Pflegeeltern mit ihren Kindern stellen das breit gefächerte Spektrum der Familie dar. Einigkeit herrschte darüber, dass Kinder zentral in der Familie stehen und der Entschluss diese zu haben nicht zum Nachteil für die Eltern werden darf.

„Die Familie muss ein Zukunftsmodell sein“, war die einhellige Forderung und bestimmte das Gespräch über die Formen dieses Ziel durchzusetzen.

Eine sehr belebte und kontroverse Diskussion entfachten die Jugendlichen darüber, ob und in welcher Form es Kinderbetreuung von Kleinkindern unter sechs Jahren geben soll. Die persönliche Ansicht wurde klar von den eigenen Erfahrungen, ob in den alten oder neuen Bundesländern oder Frankreich mitbestimmt. Manchmal schien sich hier eine unsichtbare Mauer aufzubauen, langsam gewachsene Traditionen sind in den jeweiligen Regionen zu Selbstverständlichkeiten geworden, sodass für die Teilnehmer aus den neuen Bundesländern ein Kindergartenbesuch zur Selbstverständlichkeit in der Kindererziehung und zur Schärfung sozialer Kompetenzen unabdingbar geworden ist. Hingegen herrscht in den alten Ländern ein großer Mangel an Kindergartenplätzen und qualitativ guter Betreuung, sodass zumindestens eine Ganztagsbetreuung unvorstellbar scheint.

Diese Diskussion hatte das Eis gebrochen und schon war die Fläche für gewagte Forderungen, quere Ideen und eine nicht enden wollende Gesprächs- und Antragslust geebnet. In den Ecken wurde getuschelt, Einzelgespräche geführt, angeschnittene Themen weiterdiskutiert und eigene Erlebnisse ausgetauscht. Natürlich gab es auch die Teilnehmer, die mehr passiv als aktiv das Geschehen verfolgten, lasen und ungeduldig auf die Uhr schauten, doch waren sie in der Minderheit. „Das ist wie im Parlament“, charakterisierte Ingrid Fischbach begeistert die Ereignisse. Der Arbeitskreis kämpfte gegen das rasche Voranschreiten der Zeit und hat bis zum Ende eine Vielzahl an Forderungen zusammengestellt.

Trotz der verschiedenen Meinungen herrschte unter den Teilnehmern ein Konsens über die drei großen Formen der Unterstützung der Familie, wobei das geschlossene Auftreten der beiden sehr motivierten Leiterinnen die Diskussion positiv beeinflusste.

Die drei Formen sollen sein: Vereinigung von Beruf und Familie zu vereinen, Erziehungs Kompetenzen zu fördern

und Familien finanziell gegenüber Kinderlosen zu nicht benachteiligen.

Falls die vielen und auch mutigen Ideen im Plenum schnell Anklang finden sollten, wären die Teilnehmer dieses Arbeitskreises den „Großen“ gegenüber in Sachen schnelle Konsensfindung und Gesetzformulierung einen großen Schritt voraus.

fri

AK 10: Biowissenschaftlicher Fortschritt und Menschenbild - Darf gemacht werden, was möglich ist?

„Zwei Ärzte - drei Meinungen“ – so hätte man die Anfangsphase dieser Arbeitskreises nennen können. Angefangen bei den Möglichkeiten der Wissenschaften bis hin zur Diskussion, was der Mensch darf und was nicht, zeigten sich breit gefächerte Aspekte des Themas. „Es eröffnen sich immer mehr Möglichkeiten und wir müssen entscheiden, wo wir die Grenzen ziehen“, schickte der stellvertretende Leiter Hans-Josef Fell, MdB (Fraktion Bündnis 90/ Grüne) voraus. Um nicht in der Vielfalt des Themas in endlose Diskussionen abzuschweifen, einigten sich die Teilnehmer darauf, sich insbesondere mit der Forschung und Anwendung von embryonalen Stammzellen, der „grünen Gentechnik“ und der PID-Methode zu befassen. In der anschließenden Diskussion wurde schnell klar, dass die Frage nach dem Beginn des menschlichen Lebens wesentlich für den weiteren Diskussionsverlauf ist. Aber eine Antwort ließ sich nicht finden. Zudem waren nicht nur die biologischen und ethischen Aspekte zu betrachten, sondern auch der Vergleich Deutschlands mit anderen Ländern öffnete eine weitere Tür: Ist es sinnvoll, Stammzellen nach Deutschland zu importieren? Laufen wir nicht Gefahr, bei einem Verbot der Embryonenerzeugung für die Forschung ins internationale Abseits zu geraten?

„Obwohl die Thematik nicht einfach und alles andere als übersichtlich ist, waren die Jugendlichen sehr engagiert und interessiert“, lobte Helmut Heiderich von der CDU. Zum Ende der Halbzeit erklärten sich einige der Teilnehmer bereit, die bisherigen Ergebnisse schriftlich zusammenzufassen. Nach weiteren knappen eineinhalb Stunden Diskussion standen die Forderungen des Arbeitskreises fest. Es wurden Regelungen für künstlich (in vitro) befruchtete Eizellen, für vorhandene tiefgefrorene Embryonen sowie für überzählige und zertifizierte Embryonen getroffen. Ein wenig verwundert zeigte sich Heiderich hinsichtlich der Entscheidung zur PID-Methode: „Ich war überrascht, wie sich die Herangehensweise der Jugendlichen an einige Themen von der unseren unterschied, und dass sie sich für ein Verbot der PID ausgesprochen haben.“ Gerade deshalb wolle er das Gehörte von diesem Nachmittag in seinen Ausschuss mitnehmen.

Und auch wenn einige der Teilnehmer mit den Forderungen nicht übereinstimmen sollten, so haben alle doch eines gelernt: Der Prozess von der Bestandsanalyse bis hin zur Resolution ist weit und erfordert aufmerksames Zuhören, Geduld und die Bereitschaft, sich in andere Sichtweisen hineinzusetzen.

AK 11: Hat die Wehrpflicht eine Zukunft?

In dem Arbeitskreis, der die Zukunft der Wehrpflicht diskutieren sollte, waren die unterschiedlichen Positionen sehr gleichmäßig verteilt. Eine Hälfte der Jugendlichen hielt das Konzept der Wehrpflicht unter nun veränderten globalen Rahmenbedingungen für überholt und sinnentleert. Die Beendigung des Kalten Krieges und die heraufziehende diffuse Gefahr terroristischer Kräfte, aber auch Gleichheits- und Gerechtigkeitsaspekte entziehen der Wehrpflicht ihre Legitimationsbasis, so argumentierten viele. Die andere Seite verteidigte die Wehrpflicht und kam auf die Verzahnung mit der Gesellschaft zu sprechen und den durch die Wehrpflicht höheren Gewinn qualifizierten Nachwuchses. Entschieden sich die Jugendlichen in den letzten Jahren auf der Arbeitskreisebene immer deutlich gegen die Wehrpflicht, so wurden gestern zwei Anträge, die auf die Beendigung der Wehrpflicht zielten, knapp abgelehnt. Als ein Kompromiss in immer weitere Ferne rückte, kam dann in letzter Minute doch noch ein Minimalkonsens zu Stande. Dieser endgültige Antrag empfiehlt, die Wehrpflicht an den Zeitgeist des 21. Jahrhunderts anzupassen unter gleichzeitiger Berücksichtigung diverser Gerechtigkeitskonflikte. Die Abgeordneten Dr. Karl Lamers (CDU) und Andreas Weigel (SPD) waren voll des Lobes über das sehr anspruchsvolle Niveau, mit dem die Thematik besprochen wurde. Die Diskussionskultur der Jugendlichen im Arbeitskreis könne so manchem Parlamentarier als Lehrstunde dienen, so die beiden Abgeordneten.

jl

folgten ihm dabei gern, andere wiesen auf politische Hintergründe und wirtschaftliche Ansprüche hin, was dann von Otto als „politische Weltanschauung des Diskutanten“ bezeichnet und damit ein wenig aus der Diskussion genommen wurde.

Eine Herzensangelegenheit schien dem Bundestagsabgeordneten die Auseinandersetzung über wirtschaftliche Beteiligungen der SPD an Zeitungen und Radiosendern über eine Trägergesellschaft zu sein. Immer wieder führte er diesen Punkt an, nachdem sich ein erstes Meinungsbild mit zwei Stimmen Mehrheit gegen das rigorose Verbot von Parteienbesitz an Medien abgezeichnet hatte. Andere Abstimmungen ergaben Mehrheiten für einen umfassenden Transparenzzwang über Besitzverhältnisse von Printmedien im jeweiligen Impressum, für ein Verbot der sich über Entscheidungen des Kartellamts hinwegsetzenden „Ministererlaubnis“ im Medienbereich und für die Gewährung von Werbung bei öffentlich-rechtlichen Sendern – dies sogar nach 20 Uhr.

Leider hat sich nur ein Drittel der Teilnehmer mit Wortmeldungen an den Diskussionen beteiligt, dafür aber oftmals mit hohem Wissensstand und Detailkenntnissen. Bei den zahlreichen Abstimmungen war die Beteiligung erfreulicherweise sehr hoch. Alles in allem war dies eine interessante und breit gefächerte Sitzung, deren Resolution heute im Plenum laut einer Prognose des Abgeordneten Otto zu „lebhaften Diskussionen führen wird“.

op

A12: Medien und Macht – Freiheit der Presse oder Diktat der Medien?

Mit dem kultur- und medienpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim Otto, leitete ein spürbar vorbereiteter und zielgerichteter Abgeordneter den zwölften und letzten Arbeitskreis. Unterstützt wurde er von Dr. Lorenz Müller vom Wissenschaftlichen Dienst, der bereits die Ausarbeitung formuliert hatte und während der Sitzung das Protokoll führte und in der Pause eine erste Fassung der Resolution entwarf. Otto schlug vier Punkte vor, die er behandeln wollte: Zum einen, welche Grenzen für Medien in der Politik gelten, exemplarisch an der Frage dargestellt, ob eine Zeitung offen für den Sturz des Bundeskanzlers eintreten darf. Zum anderen die Sicherung der Meinungsvielfalt und die kartellrechtliche Prüfung wie jüngst bei den Fusionsbestrebungen von Berliner Zeitung und Tagesspiegel. Als dritten Punkt sollte über einen möglichen Funktionsauftrag für öffentlich-rechtliche Sender und zu guter letzt über den Einfluss des Internet auf die bisherigen Medien diskutiert werden. Der in Sitzungsfragen geübte Politiker führte die Teilnehmer geschickt zu den Entscheidungen, die er selbst bei seiner täglichen Arbeit behandelte. Einige Teilnehmer

13

Was? Wann? Wo?

• JuPITER bleibt im Orbit: Die dritte und letzte gedruckte Ausgabe des JuPITER haltet ihr gerade in euren Händen. Diese haben wir obendrein unter www.bundestag.de/aktuell/JuP_2003/ für euch als PDF-Dateien zum Download bereitgestellt. In dieser Rubrik der Bundestags-Website könnt ihr natürlich alle Artikel auch direkt lesen und vor allem viele Fotos in Farbe betrachten. Außerdem wird im „Parlament“, der wöchentlich erscheinenden Zeitung des Bundestages, in der Ausgabe Nr. 40/41 vom 29.09.2003 auf Seite 3 die Berichterstattung unserer Redaktion fortgesetzt. Altbewährt wird es eine **Abschlussbroschüre** mit dem Protokoll der Plenarsitzung und der Foto-Dokumentation über die gesamte Veranstaltung geben. Diese Broschüre erstellen wir in den nächsten Wochen und sie wird euch nach Fertigstellung automatisch zugeschickt.

• Bitte mailden: Über Lob, Kritik und Fragen von eurer Seite freuen wir uns unter unserer E-Mail-Adresse, die natürlich auch nach dem heutigen Tag aktiv bleibt: jupiter@jpberlin.de Also, schreibt uns doch mal!

op

Fast wie zu Hause – die Länder hatten geladen

Einheit in Vielfalt – so das föderalistische Motto in der Bundesrepublik. Die geselligen Runden gestern Abend in den heimatlichen Landesvertretungen waren allerdings eher einheitlich denn vielfältig gestaltet. Hier eine kleine Kostprobe:

Baden-Württemberg

So warm wie das Bundesland, so auch die Atmosphäre in seiner Vertretung in der Tiergartenstraße. Bei den Baden-Württembergern wurde es gestern Abend richtig gemütlich. An den Stehtischen, von der baden-württembergischen Handwerkervertretung signiert, steckten Abgeordnete und Jugendliche ihre Köpfe zusammen, um Meinungen über jugendliche Arbeitskreispolitik und regionale Eigenheiten auszutauschen. Neben so mancher parteiinterner Grundsatzdiskussion konnte man auch der einen oder anderen Erzählung über Missgeschicke im Alltagsgeschäft lauschen. Ein Abgeordneter soll sogar mit auf die anschließende Kneipentour gezogen sein.

Bayern

Das Zusammentreffen zwischen Jugendlichen und Abgeordneten in der bayerischen Landesvertretung stand wie zu erwarten ganz im Zeichen des vorgestrigen Wahltages. Die überwältigende CSU-Mehrheit vom Vorabend und Gottvaters Heldentaten wurden triumphal besungen. Dazu gab es schon vor Beendigung der kurzen Begrüßungsrede die obligatorische bayerische Maß.

Berlin

Das Treffen mit den Berliner Abgeordneten fand im Roten Rathaus statt, dem Sitz der Berliner Landesregierung am Alexanderplatz. Dort, wo sonst Wowereit und Co. die Geschicke der Hauptstadt lenken, durften die Berliner Teilnehmer von *Jugend und Parlament* Platz nehmen.

Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

In den vergleichsweise kleinen Ländervertretungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bot sich eine gute Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit den Abgeordneten. Die Politiker erzählten aus ihrem Alltag in Berlin und ihrem Wahlkreis. Die Jugendlichen berichteten begeistert von ihren jüngsten Erfahrungen bei *Jugend und Parlament*. Während sich die Brandenburger in Gespräche unter vier Augen vertieften, tauschten die MVler ihre Erlebnisse in großer Runde aus.

Hamburg und Niedersachsen

Überraschend viele Abgeordnete hatten sich im Restaurant des Jakob-Kaiser-Hauses eingefunden, um die JuP-Teilnehmer aus den beiden Nord-Ländern zu empfangen. Nach einer kurzen Begrüßung stand das Buffet im Mittelpunkt der Aktivitäten. Anschließend saßen Teilnehmer und MdBs bzw. deren Vertreter in lockerer Runde gemütlich zusammen und tauschten sich aus.

Nordrhein-Westfalen

Ausgerechnet bei der Begegnung mit den Abgeordneten aus dem Land, das die meisten Teilnehmer zu *JuP* sandte, war am gestrigen Abend extrem wenig los. Eine kurze Begrüßung, lieblos ausgelegte NRW-Faltblätter, ein mäßig originelles Buffet und dürftige MdB-Prominenz waren das eine. Das parallel gefeierte Sommerfest in der Landesvertretung selbst und die Tatsache, dass die Mehrzahl

der Abgeordneten um 19:00 Uhr (dorthin?) entschwand, waren das andere. Immerhin: Einige wenige eifrige Volksvertreter aus der Heimat zeigten Durchhaltevermögen - auch über den Tellerrand hinaus.

Rheinland-Pfalz

Die Landesvertretung von Rheinland-Pfalz empfing die Teilnehmer von *Jugend und Parlament* in ihrem Weinkeller in den Ministergärten. Auf die Jugendlichen warteten viele der einladenden Abgeordneten, ein reichhaltiges Buffet und nicht zuletzt auch der Wein. Was fehlte, war der Hausherr oder sein Vertreter. So packte der Mitarbeiter des Besucherdienstes, Eberhard Heck, die Gelegenheit beim Schopfe, begrüßte die anwesenden Abgeordneten und Jugendlichen und eröffnete das Buffet. Im Anschluss nutzten nicht nur die Jugendlichen die Chance, mit den Parlamentariern ins Gespräch zu kommen, sondern auch Abgeordnete holten sich Nachhilfe und erkundigten sich nach Rahmenbedingungen und Ablauf von *JuP*.

Saarland

Familie Heinz Becker in der Landesvertretung: fast so wenige Personen wie in der TV-Sendung, nur vier Abgeordnete und acht Teilnehmer. Im Vorraum der Landesvertretung hängen Bilder aus dem ehemaligen Führerbunker. Da, wo jetzt die Schranke zum Mieterparkplatz im Wind schwankt, wurde 1945 Adolf Hitler verbrannt.

Drinnen, in dem karamellbraunen Haus, diskutierte man über die Feinheiten zwischen dem Dialekt des ehemals preußischen und des ehemals bayerischen Teils des Saarlandes. Der ortsfremde Besucher hörte keinen Unterschied.

Sachsen-Anhalt

In sehr familiärer und lockerer Atmosphäre empfingen die Abgeordneten die Teilnehmer von *Jugend und Parlament* aus Sachsen-Anhalt in ihrer Landesvertretung. Nach wirklich gutem Essen stellte sich die Runde der zahlreich anwesenden Abgeordneten ausführlich vor, bevor man sich lockeren Gesprächen am Tisch widmete. Die Jugendlichen selber fühlten sich sichtlich wohl: Allgemeiner Tenor war die Freude über einen netten, unterhaltsamen Abend, der wie die gesamte Veranstaltung der letzten zwei Tage, als informativ und interessant empfunden wurde.

Schleswig-Holstein

Volles Haus in der Landesvertretung Schleswig-Holstein. Daran schuld war eine Großveranstaltung im Foyer und nicht *Jugend und Parlament*, weshalb sich die muntere Runde von 15 Teilnehmern und sieben Abgeordneten in einen kleinen Saal ins Untergeschoss gesellte. Der Chef der Landesvertretung, Werner Schönborn, begrüßte die Gäste bei Speis und Trank. Sodann zeigten sich auch die Abgeordneten rededreudig und stellten ihren Werdegang sowie die Aufgaben im Bundestag vor.

Treffen der ausländischen Gäste im „12 Apostel“

Beim Treffen der ausländischen Gäste im Restaurant „12 Apostel“ gab es Antipasti, Pasta und Pizza satt. Hier, unter den S-Bahn-Bögen nahe der Friedrichstraße, soll es die beste Pizza der Stadt geben. Aber nicht nur das Kulinarische stand auf dem Plan, es ging auch um die länderspezifischen Unterschiede im politischen Engagement der Jugendlichen.